presse

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
AG Bildung und Forschung

Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt

***Karl Lauterbach**, stellvertretender Fraktionsvorsitzender;*
***Yasmin Fahimi**, zuständige Berichterstatterin, designierte Sprecherin Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“:*

Heute setzt der Bundestag durch gemeinsamen Beschluss der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ ein. Die Enquete-Kommission soll die Entwicklungsperspektiven der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der künftigen Arbeitswelt untersuchen und die ökonomischen und sozialen Potentiale einer Modernisierung prüfen. Der Enquete werden 19 Mitglieder des Deutschen Bundestages und 19 Sachverständige angehören.

„Mit der Digitalisierung erlebt Deutschland eine der dynamischsten Innovationsphasen seiner Geschichte. Bildung und Qualifizierung sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Gestaltung des digitalen Wandels. Duale Ausbildung und berufliche Weiterbildung sind unser Erfolgsrezept wenn es um Fachkräftesicherung, bedarfsgerechte Ausbildung und Zusammenarbeit von Staat, Unternehmen, Arbeitgebern, Kammern und Gewerkschaften geht. Betriebliche Strukturen und Berufsbilder verändern sich. Es ist unsere Aufgabe, den Wandel zu gestalten. Mit dem heutigen Beschluss des Deutschen Bundestages, eine Enquete-Kommission zur beruflichen Bildung einzusetzen, lösen wir eine weitere wichtige Vereinbarung, die auf Initiative der SPD Teil des Koalitionsvertrages ist.

In der Enquete werden wir erarbeiten, wie wir den Fachkräftebedarf zukünftig sichern und diskriminierungsfreie Zugänge zu Bildungs- und Qualifizierungsangeboten herstellen. Wir stellen uns der Frage: Wie können neue innovative und flexible Aus- und Weiterbildungsgänge aussehen? Kombinationsmodelle aus Aus- und Weiterbildung, der höheren beruflichen Bildung, des dualen und trialen Studiums können ein Weg sein, den

verschiedenen Anforderungen innerhalb eines Berufslebens gerecht zu werden und Brüche in der Erwerbsbiografie zu vermeiden.

Vor Ablauf der Legislaturperiode werden wir dem Bundestag die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen.“